

Interpellation an Minister Mollers von Freddy Cremer
Plenarsitzung vom 29.04.2013

Es gilt das gesprochene Wort

Armut und Prekarität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Die seit 2008 herrschende weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch in Belgien tiefgreifende Spuren hinterlassen. In einer Artikelserie, die vom 14. bis zum 18. Januar 2013 in der Tageszeitung Le Soir erschien, wurden die Resultate einer Untersuchung bezüglich der neuen Armut in Belgien veröffentlicht.

Laut einer Untersuchung der EU-SILC, der EU-Statistik über Einkommensverteilung und soziale Eingliederung in der Europäischen Union, war im Jahre 2011 jeder fünfte Belgier, dies entspricht immerhin 2,3 Millionen Personen, einem Armutsrisiko ausgesetzt oder von sozialem Ausschluss bedroht. Besonders betroffen von der neuen Prekarität sind neben Arbeitslosen, alleinerziehende Frauen und Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren. Überverschuldung, unbezahlte Rechnungen, der Rückgriff auf Lebensmittelhilfen und gesundheitsschädigende Wohnbedingungen sind deutliche Indikatoren einer sich stets verschärfenden Entwicklung. Dieser Untersuchung zufolge leben 18% der Belgier in Wohnungen, die große gesundheitliche Mängel durch unzureichende Heizung, Feuchtigkeit oder Schimmelbefall aufweisen.

Das Jahr 2010 war von der Europäischen Union in Übereinstimmung mit den Mitgliedstaaten zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen worden.

Das öffentliche Bewusstsein für die Situation der von Armut betroffenen Personen sollte geschärft und dem politischen Engagement im Kampf gegen Armut – sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten – ein neuer Schwung verliehen werden.

Die anhaltende Wirtschaftskrise verlangt einen veränderten Blick auf die Armut. Verstärkt wird das Problem der neuen Armut dadurch, dass diese oft unsichtbar bleibt und die davon betroffenen Personen nicht über eine gesellschaftliche oder politische Lobby verfügen.

Armut hat ein neues Gesicht. Richtiger wäre zu sagen, Armut hat heute viele neue Gesichter. Viele Parameter deuten darauf hin, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in allen Ländern Westeuropas in den letzten Jahren weiter zugenommen hat und ein Ende dieser Entwicklung nicht in Sicht ist.

Viele Menschen gehören aufgrund prekärer Arbeitsverhältnisse zu den „Working Poor“ und leben an der Armutsgrenze. Mit dem Begriff „Working Poor“ bezeichnet man die von Erwerbsarmut betroffenen Personen, die trotz Erwerbstätigkeit nicht von Armut verschont sind.

Beschäftigung ist ohne Zweifel der wesentlichste Faktor im Kampf gegen Armut. Doch Beschäftigung erfüllt nur dann diese Aufgabe, wenn sie von Qualität ist. Im Armutsbericht 2008 – 2009 des Dienstes zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung wird angemessene Beschäftigung – ausgehend von einer Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) – als eine Beschäftigung verstanden, „die es ermöglicht, in Würde zu leben und Zukunftspläne zu schmieden.“ (Armut bekämpfen. Bericht 2008 – 2009,

Teil 1, Seite 106). Das Recht auf Arbeit, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen und auf gerechte Entlohnung ist die Grundlage, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Dieses Grundrecht wird sowohl in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung (Artikel 23) als auch in der Verfassung Belgiens (Artikel 23) festgeschrieben.

Wie stellt sich die Situation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dar? Welche Formen und welche Ausmaße hat die neue Armut in unserer Gemeinschaft angenommen?

Bereits in der im Dezember 2007 veröffentlichten Studie über „Kinder- und Jugendarmut in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ wurde bilanziert, dass es „nicht von der Hand zu weisen ist, dass das Risiko der sozialen Ausgrenzung und dabei vor allen Dingen das Armutsrisiko in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wächst. Das Leben in Unsicherheit, in 'Prekarität' nimmt zu, mit allen Konsequenzen, die dies für das Schicksal der jeweils Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt hat.“ (Seite 21) Wenn diese Feststellung bereits 2007 galt, darf man davon ausgehen, dass die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise diese Entwicklung nicht nur beschleunigt, sondern die Gegensätze zudem auch wesentlich verschärft hat.

Seit der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens am 5. Mai 1998 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Kontinuität der Politik im Bereich der Armut verpflichteten sich alle Vertragspartner, ihre Politik in Bezug auf die Prävention gegen prekäre Lebensumstände, Armutsbekämpfung und soziale Eingliederung unter Beachtung ihrer jeweiligen Befugnisse fortzuführen und zu koordinieren. Zu diesem Zweck verpflichteten sich die Vertragspartner im Zweijahresrhythmus zur Erarbeitung eines Berichts. Der letzte von bisher insgesamt sechs Zweijahresberichten befasst sich schwerpunkt-

mäßig mit dem Recht auf Wohnung und den Zukunftsperspektiven für Jugendliche. Am 18. Oktober 2012 wurde dieser Bericht im Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales vorgestellt.

Es wird in diesem Bericht festgehalten, dass die Armutsgefährdung der 16- bis 24-Jährigen höher ist als die der Durchschnittsbevölkerung. Auch zeigt der Bericht auf, dass die Wohnkosten schwer auf dem Ausgabenbudget der Haushalte, besonders der unteren Einkommenskategorien, lasten. Dies führt manchmal zu einem erheblichen Verschuldungsproblem.

Minister Mollers erklärte in dieser Ausschusssitzung, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft zum jetzigen Zeitpunkt zwar noch nicht für das Wohnungswesen zuständig ist, dass diese Feststellung die Regierung aber nicht davon abhalte, bereits jetzt die Risiken eines Mangels an angemessenem Wohnraum einzuschätzen und quasi präventiv ein System zu erarbeiten, dass der Bewältigung dieser Risiken Rechnung trage.

Im Tätigkeitsberichts des ÖSHZ St.Vith aus dem Jahre 2011 wird einleitend festgestellt, dass die Sozialhilfezentren wie ein Fiebermesser sind, der die Symptome der gesellschaftlichen Fehlentwicklung anzeigt. „Angesichts der bedeutenden gesellschaftlichen Veränderungen, des schnellen Wechsels von wirtschaftlichen Situationen, der allgemeinen Verteuerung und dem bedeutenden Anstieg der Lebenshaltungskosten, unangepasstem Konsum-Verhaltens, zerbrechenden Familienstrukturen, Verschuldungshäufung, Orientierungsproblemen bei Jugendlichen und auch Persönlichkeits- und Gesundheitsproblemen können immer wieder Menschen in Notsituationen geraten. Hilfsbedürftigkeit im Alter, lang anhaltende Krankheit, Abhängigkeit, Einsamkeit, Scheidung, Kündigung, Mieterhöhungen,... sind einige solcher Schwierigkeiten, die zu einer Armuts- und Ausgrenzungssituation führen können. Der

schleichende Wegfall von ländlich-solidarischen Strukturen und Werten geht zu Lasten der Öffentlichen Hand. Es ist vor allem festzustellen, dass Menschen mit einem bescheidenen Einkommen in ihrem Alltag von den Preissteigerungen im Bereich der Grundbedürfnisse (Nahrungsmittel, Transportkosten und insbesondere Mieten und Energiekosten) selbst ohne zusätzlich auftretende Schwierigkeiten sehr viel eher betroffen sind als andere. Zudem ist Armut in einem ländlichen Raum schwerer zu tragen als in einer größeren Stadt, sei es aufgrund höherer Preise, höherer Mobilitätskosten und nicht zuletzt, aufgrund des verspürten sozialen Drucks.“ (Seite 7)

Im Kampf gegen Armut, Prekarität und soziale Ausgrenzung in unserer Gemeinschaft übernehmen die Öffentlichen Sozialhilfezentren und das Rote Kreuz wichtige Aufgaben.

Auf Nachfrage bei der Sektion St.Vith/Burg-Reuland und bei der Sektion Eupen des Roten Kreuzes und in der Antwort auf meine schriftliche Frage vom 15. März 2013 erhielt ich detaillierte Auskünfte bezüglich des Zugriffs auf die Lebensmittelbanken des belgischen Roten Kreuzes der DG. In der Antwort des Ministers für Familie, Gesundheit und Soziales wird festgehalten, dass in 2012 schätzungsweise durchschnittlich 2,3% der Bevölkerung der DG ihren Lebensunterhalt nur mit Hilfe eines Lebensmittelpakts bestreiten konnten. In den Jahren 2009 bis 2012 entspricht dies einer Steigerung von 21%.. Im Jahre 2012 ernährten sich im Monatsdurchschnitt 1.723 Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von Lebensmitteln aus einem Lebensmittelpaket des Belgischen Roten Kreuzes. Im Vergleich zu 2009 macht dies einen Anstieg von 23,8% aus.

Doch die Angaben der Lebensmittelbanken, die auch nicht von allen Lokalsektionen des Roten Kreuzes in der DG angeboten werden, sind nur ein Indikator einer wachsenden Armut.

In der Antwort auf die schriftliche Frage Nr. 20 des Kollegen Meyer vom 19. November 2010 über die steigenden Kosten der ÖSHZ antwortete Minister Mollers, dass in den Jahren von 2006 bis 2009 die Zahl der Anträge auf Eingliederungseinkommen, auf Sozialhilfe und auf Energiebeihilfen insbesondere in den städtischen Gebieten erheblich angestiegen war. Wörtlich heißt es in der Antwort. „Die aufgeführten Hilfen geben sicherlich nicht das gesamte Dienstleistungsspektrum der ÖSHZ wieder. Es handelt sich jedoch um vergleichbare und objektive Indikatoren, die einen Trend erkennen lassen. [...] Grund für diese Entwicklung sind gesellschaftliche Umwürfe, denen alle ÖSHZ in Belgien gegenüberstehen.[...] Zu den allgemeinen Gründen gehören die Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die Richtlinien in der Asylpolitik und die Politik bei den Energiebeihilfen.“

Aus der ausführlichen Antwort auf meine schriftliche Frage vom 15. März 2013 zur neuen Armut und zur Prekarität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ersichtlich, dass sich die Situation für viele Haushalte und Personen in den vergangenen Jahren weiter verschärft hat. In der Antwort wird festgestellt, dass im Vergleich zum Jahr 2007 die Anzahl der Empfänger von Eingliederungseinkommen und gleichgestellter Sozialhilfe um 41% zugenommen hat, in absoluten Zahlen von 1.175 auf 1.660 Empfänger. Ein weiteres Indiz einer sich verschärfenden Krise ist die Feststellung, dass sich die Anzahl säumiger Kreditnehmer in der DG von 2007 bis 2011 um 20,3% erhöht hat. Im Jahre 2011 waren 1,52% der Gesamtbevölkerung der DG als säumige Kreditzahler registriert. Als Gründe für diese Entwicklung wird neben der aktiven und der passiven Überschuldung auch die Überschuldung infolge der Wirtschaftskrise genannt. „Weitere Gründe der Überschuldung sind

bekanntlich die Folgen der Wirtschaftskrise. Die Einnahmen der Haushalte, verursacht durch Voll- bzw. Teilzeitarbeitslosigkeit, durch prekäre Arbeitsverhältnisse, stagnierende Löhne und Gehälter, sinken. Gleichzeitig steigen aber die Lebenshaltungskosten deutlich. Die Haushalte verschulden sich, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können und dies führt dann zu deren Überschuldung.“ (schriftliche Frage Nr. 132 vom 15. März 2013) Zudem besteht offensichtlich eine direkte Wechselwirkung zwischen prekären Lebensverhältnissen und der Situation der sogenannten „Multiproblemfamilien“. Einer Einschätzung der Sozialdienste in der DG zufolge leben etwa 80% der „Familien mit vielfältiger Problembelastung“ von Sozialhilfe oder anderen Ersatzeinkünften.

Im Oktober 2010 wurde der Sozialbericht mit dem Titel „Multiproblemfamilien – Familien mit vielfältiger Problemstellung“ vom belgischen Roten Kreuz und von der Deutschsprachigen Gemeinschaft herausgegeben. Ziel des Berichtes war es, „das bestehende Angebot in der DG für in Bedrängnis geratene Familien kritisch zu hinterfragen und nach Lösungen zu suchen.“ Diese Studie knüpfte nahtlos an die 2007 vom Roten Kreuz veröffentlichte Studie über „Kinder- und Jugendarmut in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ an.

Was sind überhaupt „Multiproblemfamilien“ oder Familien mit vielfältiger Problembelastung? Auf Seite 27 des Berichts wird festgehalten, dass es Familien sind, „die in allen oder doch sehr vielen Bereichen des täglichen Lebens gravierende Probleme aufweisen. Die oft äußerst begrenzten materiellen Lebensbedingungen sind nicht nur Randbedingungen für konflikthaltige interpersonale Prozesse. [...] Auch wenn genaue Zahlen – nicht nur für die DG – bisher fehlen, weisen die Schätzungen der Fachkräfte aus den verschiedenen Diensten auf eine grundsätzliche Einschätzung hin: bei der Gruppe der 'Multiproblemfamilien' handelt es sich aus Sicht der Dienste um eine zahlenmäßig bedeutende

Gruppe mit einem hohen und lang andauernden Unterstützungsbedarf.“ (Seite 27)

Die Angaben der Öffentlichen Sozialhilfezentren und der deutschsprachigen Sektionen des Roten Kreuzes, aber auch die eben genannten Studien und Untersuchungen zeigen, dass Prekarität und neue Armut nicht vor den Grenzen unserer Gemeinschaft Halt machen und eine große Herausforderung für alle politisch Verantwortlichen – sei es auf kommunaler oder auf Gemeinschaftsebene - darstellen.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister Mollers:

Welche Kriterien oder Parameter werden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei der Definition von Armut und bei der Festlegung der Armutsgrenze angewendet? Ab wann gilt man in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als armutsgefährdet und wie hoch ist die Armutsgefährdungsquote in unserer Gemeinschaft?

Welche konkreten Maßnahmen wurden bereits eingeleitet, um der neuen Armut in der Deutschsprachigen Gemeinschaft entgegenzuwirken?

Bedarf es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vor allem vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden Gegensatzes zwischen Arm und Reich und einem nicht absehbaren Ende der globalen Wirtschaftskrise, nicht eines gesellschaftspolitischen Gesamtkonzeptes im Kampf gegen die sich auch in unserer Gemeinschaft weiter ausbreitende Armut und im Kampf gegen gesellschaftliche Ausgrenzung der von prekären Lebensbedingungen bedrohten Menschen?

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer
ProDG-Fraktion im PDG